

Die 'Freiheit' erscheint morgens und nachmittags, am Sonn- und Festtagen nur morgens. Der Verkaufspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Groß-Berlin oder bei direkter Bestellung ohne Bestellgebühr monatlich 2,50 M., bei Zustellung unter Postband 4,50 M. Die 'Freiheit' ist in den ersten Nachtrag der Postverordnungen für 1919 eingetragen.

Redaktion: Berlin NW. 6, Schiffbauerdamm 19 III.
Verleger: Kurt Roden 2895 und 2896.

Inhaltsverzeichniss: Die 'Freiheit' ist eine politische, literarische und wissenschaftliche Zeitschrift. Der Verkaufspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Groß-Berlin oder bei direkter Bestellung ohne Bestellgebühr monatlich 2,50 M., bei Zustellung unter Postband 4,50 M. Die 'Freiheit' ist in den ersten Nachtrag der Postverordnungen für 1919 eingetragen.

Expedition: Berlin NW. 6, Schiffbauerdamm 19.
Verleger: Kurt Roden 2896.

Freiheit

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Der Bürgerkrieg in Deutschland.

Vom bayerischen Kriegsschauplatz.

Die provokatorische Haltung der militärischen Behörden in Nürnberg hat die Erregung unter der Arbeiterschaft gewaltig anwachsen lassen. Eine ganze Reihe von willkürlichen Verhaftungen von Mitgliedern der kommunistischen und der unabhängigen Partei hat hierzu besonders beigetragen. Immer neue Verhaftungen werden vorgenommen, die zur Folge hatten, daß es gestern vormittag am Spaldienplatz zu einem blutigen Zusammenstoß kam. Die amtliche Meldung lüchelt die Schuld daran den Demonstranten zuzuweisen, muß aber zugeben, daß die Menge unbewaffnet war und daß eine militärische Radfahrerpatrouille in Stärke von 50 Mann mit Maschinengewehren den Kampf gegen die Demonstranten geführt hat.

So ist es also durch die Ablehnung des Vermittlungsversuches der Unabhängigen und durch die Absicht der Regierung Hoffmann, ihre Gegner mit Gewalt zu bekämpfen, auch zu Blutvergießen in Nürnberg gekommen.

Über die Vorbereitung zum Sturm auf München unterrichtet folgende Meldung aus Bamberg: Heute wurde über das ganze reichsdeutsche Bayern das Standrecht verhängt. Die Operationen gegen München nehmen ihren planmäßigen Fortgang. Die Truppen sind stellenweise schon bis München herangezogen. Durnau steht auf Seiten der Regierung Hoffmann. Kempten und Umgebung erhalten Zugang von Spezialkräften aus München und Augsburg. So werden also die nächsten Tage das Schauspiel zeigen, daß die Truppen Roskes eine neue Schlacht schlagen werden ähnlich der, die unser geliebter Vaterland von Braunschweig schilderte.

Nürnberg, 26. April.
In der vergangenen Nacht wurden die Hauptführer der U. S. D. Nürnberg, der Vorsitzende des Landesverbandes Dr. Freund und der Gauleiter Dr. Baier in ihren Wohnungen verhaftet. Auch die gesamte Erwerbslosenkommission wurde hinter Schloß und Riegel gesetzt.

Von Dr. Freund und Baier ist der Verständigungsversuch mit der Regierung Hoffmann unternommen worden. Daß die beiden Genossen jetzt von der Regierung verhaftet worden sind, offenbart taghell ihre wahren Absichten.

Fortdauer des Generalkriegs in Bremen.

Bremen, 26. April.
Zur Lage in Bremen erzählt die 'Telegr. Union', daß es gestern den Anschein hatte, als ob der Generalkrieg beigelegt werden könne. Die geführten Verhandlungen sind jedoch gescheitert, so daß seit heute morgen der alte Zustand wieder hergestellt ist. Die Tageszeitungen dürfen nicht erscheinen. Der Straßenbahnverkehr liegt still. Nur die Lebensmittelgeschäfte sollen geöffnet bleiben. Nach weiteren Verhandlungen ist es im Laufe des heutigen Vormittags im Arbeiterkreis zu unbedeutenden Zwischenfällen gekommen. Über die jedoch bis zur Stunde nichts Näheres zu erfahren war.

Aus dieser Meldung geht hervor, daß der von der Regierung mit allen Mitteln unterstützte, teils erzwungene Bürgerkrieg in Bremen zusammengebrochen ist, während der Generalkrieg der Arbeiter weitergeht.

Auch ihren Hungerkrieg, die Sperrung der Lebensmittelgeschäfte, hat die Bremer Regierung nicht aufrechterhalten können. Die Besonnenheit der Arbeiterschaft hat vorläufig gestiftet.

Die Dresdener Regierung droht.

Dresden, 26. April.
Der große Arbeiterrat für Leipzig hatte eine Besantheitung veröffentlicht, in der er den Belagerungsstand in Leipzig für überflüssig erklärt und im Widerspruch zu dem vom militärischen Oberbefehlshaber erlassenen Verordnungen behauptet, daß die Polizeistunde auf 11 1/2 Uhr festgesetzt werde und daß Versammlungen nicht angemeldet zu werden brauchen. Wie schon mitgeteilt, beabsichtigt die Staatsregierung, etwaigen Auflehnungsversuchen gegen die getroffenen Anordnungen mit allen Mitteln entgegenzutreten; insbesondere werden die Strafverfolgungsbehörden Verstoße gegen die Befehle zur Pressezensur und die Anordnungen der Regierung zur Bekämpfung des Bürgerkriegs verfolgen. Jeder Mann hat

das Recht im höchsten Interesse der Volkswirtschaften und Staatseinrichtungen der Regierung und während der Dauer des Belagerungsstandes den Anordnungen des militärischen Oberbefehlshabers Folge zu leisten, wenn er sich nicht der Gefahr einer Strafe andeuten will.

Das 'Leipziger Tageblatt' schreibt zur Erklärung des Belagerungsstandes: Es ist schwer zu behaupten, daß so kurz vor der Messe noch ein derartiger Lage geschaffen werden würde, und es ist zu hoffen, daß die Messe gesichert bleibt. Daß der Belagerungsstand zu diesem Zweck notwendig war, ist nicht überzeugend; ja, daß er gerade jetzt kaum erforderlich sein würde, war voranzusehen. Aber auch die neueste Gegenüberstellung der anderen Seite ist außerordentlich zu beklagen. Wenn das Dresdener Kabinett jemals Regierungswürde nötig gehabt hat, so ist das in der augenblicklichen Lage der Fall.

Prozeß gegen die Mörder von Liebknecht und Luxemburg.

Am 8. Mai, vormittags 9 Uhr, beginnen im kleinen Saale des Schwurgerichts (Landgericht I, Roabit) vor dem Gericht des Garde-Kavallerie-Schützenkorps die Verhandlungen gegen die Mörder Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg.

- Angeklagt sind:
1. Husar Otto Runge,
 2. Kapl.-Leutn. Horst von Pflugk-Hartung,
 3. Oberleutn. z. S. Heinrich Stiege,
 4. Oberleutn. z. S. Ulrich von Niepgen,
 5. Leutn. z. S. Bruno Schulze,
 6. Leutn. d. R. Rudolf Liepmann,
 7. Hauptm. Heinz von Pflugk-Hartung,
 8. Oberleutn. Kurt Vogel,
 9. Hauptm. d. L. J. Franz Weller.

Die Anklage lautet: gegen Otto Runge auf Mordversuch in 2 Fällen; gegen Horst von Pflugk-Hartung, Heinrich Stiege, von Niepgen, Schulze, Rudolf Liepmann auf Mord an Karl Liebknecht; gegen Hauptm. v. Pflugk-Hartung auf Beihilfe zum Mord; gegen Oberleutn. Vogel auf Mord an Rosa Luxemburg; gegen Hauptm. Franz Weller auf Begünstigung zur Ermordung von Rosa Luxemburg.

Es sind 63 Zeugen geladen. Die Anklage vertritt Kriegsgerichtsrat Jörn. Gerichtsherr ist General von Hoffmann.

Letzlicher Protest gegen den Staatsstreik.

Vom Zentralkomitee der sozialdemokratischen Arbeiterpartei Lettlands erhalten wir aus Libau folgenden telegraphischen Protest:

Preussische Zeitungen verbreiten von Libau aus die Nachricht, daß die lettlandische Sozialdemokratie durch Vermittlung des Pressebüros der deutschen Gesandtschaft Führer in Verhandlungen mit Führern der sogenannten lettischen Landeswehr getreten und die Bildung eines Koalitionsministeriums in Sicht sei. Demgegenüber erklären wir im Namen der sozialdemokratischen Arbeiterpartei Lettlands, daß keine Verhandlungen stattgefunden haben. Die Sozialdemokratie verurteilt vielmehr auf das schärfste das reaktionäre Vorgehen der lettischen Barone und mißbilligt die offene und geheime Unterstützung, die der Untert der reaktionären Lettlands von reichsdeutschen Kreisen gewährt wird. Wir erwarten eine klare und unabweisende Erklärung der deutschen Reichsregierung über ihre Politik in Lettland.

Die Tagesordnung der Sozialistenkonferenz.

Amsterdam, 26. April.
Auf der in Amsterdam stattfindenden internationalen Sozialistenkonferenz werden folgende Punkte zur Verhandlung kommen: 1. Die territorialen Fragen; 2. der Wiederaufbau der Internationale und des Kartells von Moskau; 3. die Entwicklung der Arbeiterpresse; 4. der im August in Lugano stattfindende internationale Sozialistenkongress; 5. die Friedenspräliminarien.

Kommunifizierung der Frauen.

In München, der Volkswirtschaftsstadt, gehen entsetzliche Dinge vor. Man ist dort angeblich in höchster Not und Depression, arbeitet fieberhaft an der Verteidigung der Stadt, und doch — o Widerspruch — findet man Ruhe und Zeit, die schwerwiegendsten Umwälzungen vorzunehmen. Der Berichterstatter des 'Berliner Tageblattes', der jeden Tag die schauerlichsten Nachrichten über die indiskreten Vorgänge in München den interessierten Lesern servieren kann, obwohl, wie er selbst sagt, jeglicher Verkehr mit München abgeschnitten ist, erzählt am Mittwoch abend ausführlich über eine Versammlung, die die Kommunifizierung der Frauen beschlossen habe. Er führt zwar nicht aus, wie diese Kommunifizierung gedacht ist, aber das würde auch nur die Wirkung beeinträchtigen. So erzählt der entsetzte Bürger nur, daß die Frau 'nur Gebärmäuschin und für die Zucht neutral sein soll'. '... die Frau soll Gemeinheitsgut des Proletariats sein'. Der Beschluß der Versammlung sei auf eine Meldung aus Rußland hin erfolgt, heißt es weiter, wonach dort die Kommunifizierung der Frauen bereits praktisch vorgenommen sein soll. Hinter diesen Satz stellt die Redaktion des 'B. T.' zwar ein Fragezeichen, aber im übrigen tut sie nichts, um die Wirkung der Schauernachricht auch nur etwas abzufschwächen.

Man sollte meinen, daß es Pflicht jeder Redaktion wäre, Nachrichten, die den Stempel des Unwahrscheinlichen so deutlich tragen, nicht in die Öffentlichkeit zu bringen, ehe man mit absoluter Sicherheit sagen kann, was richtig und was falsch an ihnen ist. Aber alles, was dazu dienen kann, Stimmung gegen das revolutionäre Proletariat zu machen, ist, wie es scheint, heute erlaubt.

Bereits im Sommer 1918 tauchte das Gerücht auf, in der russischen Stadt Wladimir habe der Ortssovjet beschlossen, daß alle jungen Mädchen von 18 Jahren an Staatseigentum sein sollten. Jeder Mann zwischen 18 und 50 Jahren sollte sich eine Frau wählen können, das gleiche Recht stehe den Frauen zu. Reuters Bureau soll am 17. Februar berichtet haben, daß eine solche Verordnung Gesetz geworden sei. Alle möglichen Einzelheiten, eine tödlicher als die andere, wurden angeführt, damit das Ganze glaubwürdig erscheinen sollte. In Rußland war ja alles möglich — warum nicht auch das!

Jetzt unternimmt es Michael Bunterwoold, im Stockholmer 'Socialdemokrat', der gewiß nicht übergroßer Sympathien für die Volkswirtschaft beizubehalten werden kann, den Gerüchten die Wahrheit entgegenzustellen. Er meint, es sei mindestens eigentümlich, daß niemand die Nummer der 'Folletia' nennen könne, in der angeblich das Gesetz gestanden habe. Möglich sei es gewiß, daß eine Stadt in der revolutionären Durcheinanderwerfung sonderbare lokale Dekrete erlassen habe. Aber erstens werden diese Dekrete wie viele andere während und nach der Baronschaft Papierdemonstrationen geblieben sein, und zweitens sind alle solche Dekrete längst abgelöst durch allgemeine Reichsgesetze. So gibt es auch ein Reichsgesetz über die Ehe und Ehescheidung, und es ist wohl von allgemeinem Interesse, darüber einiges zu erfahren.

Das Dekret führt die Ehe auf das zurück, was sie in Wirklichkeit ist oder sein soll: eine freiwillige private Übereinkunft zwischen Mann und Frau. Die Kirche hat nichts mehr mit der Eheschließung zu tun, sie erfolgt einfach durch Registrierung. Jedem Eheschließenden bleibt es zwar überlassen, sich auch von der Kirche trauen zu lassen, aber sie können erst dann als Ehegatten angesehen werden, wenn sie bei dem bürgerlichen Register angemeldet sind. Die Ehekontrakte werden in einem eigens hierfür bestimmten Gebäude geschlossen. Für Seeleute und Soldaten können Ausnahmen von dieser Bestimmung gemacht werden. Das Mindestalter ist für Frauen auf 16 Jahre, für Männer auf 18 Jahre festgesetzt worden. Der Registerführende muß sich persönlich überzeugen, daß Braut und Bräutigam freiwillig, ohne Einwirkung anderer, wünschen, die Ehe einzugehen.

Die Ehescheidung wird erleichtert. Nach § 87 des Dekrets genügt es, daß einer der Ehegatten die Scheidung wünscht. Das Gesetz erkennt auch den Begriff der Trennung an, die als Probezeit der Scheidung vorangehen soll. Wenn ein Teil die Scheidung verlangt, hat er sich an das lokale Gericht zu wenden, sind sich beide Parteien einig, so brauchen sie nur zu dem Eheregister-

führenden zu gehen, der die Scheidung in einem Protokoll vermerkt.

Wenn die Ehegatten Kinder haben, oder eine der beiden Parteien Unterstützung verlangt, ist der Gerichtshof den Streit darüber wie jede andere Rechtsfrage. Nach einem anderen Urteil hat jedes Kind Anspruch auf öffentliche Unterstützung. Die dafür notwendigen Organe sind jedoch noch nicht in Funktion gesetzt. Die Frau hat das Recht, ihren eigenen Familiennamen anzunehmen, aber wenn sie nach der Ehescheidung den Namen des Mannes angenommen hat, kann sie ihn auch nach der Scheidung beibehalten. Die Ehe bedeutet nicht Gütergemeinschaft, ein Vertrag ist infolgedessen überflüssig.

Diese Bestimmungen klingen wesentlich anders als das, was das Gericht über die russische und die Münchener Ehegesetzgebung behauptet. Leider berichtet Bunterwold nicht ausführlicher über die Verpflichtungen gegenüber den Kindern und dem etwa in der Ehe an der Gesundheit schwer geschädigten Ehegatten.

Auf jeden Fall aber kann man wohl sagen, daß die wesentlichen Bestimmungen des russischen kommunistischen Ehegesetzes alles andere eher als revolutionär anmuten, und daß also der Bürger sich nicht durch den Gedanken beunruhigen zu lassen braucht, die Münchener Kommunisten könnten die russische Ehegesetzgebung auf München übertragen.

Die Franzosen für die Internationale.

Der am 23. d. M. abgeschlossene Parteitag der französischen Sozialdemokratie hat eine Reihe von Erklärungen angenommen über die allgemeine Politik der Partei, über die Stellung der Partei zur Internationale und über die Probleme des Friedensschlusses. In bezug auf die Stellung innerhalb der Internationale nahm der Parteitag, nach einer Drahtmeldung der „Frankf. Ztg.“, folgenden Beschluß an:

Die sozialistische Partei nimmt Kenntnis von der Haltung der mehrheitlich sozialistischen Abordnung (d. h. der Gruppe Longuet) auf der Berner Konferenz. Wenn auch Vorbehalte zu machen sind über die Zusammensetzung der Konferenz und ihre Beschlüsse, so hat sie doch bewiesen, daß es trotz des während des Krieges eingehenden Hasses möglich ist, die Arbeiterklasse der Welt zu einer einzigen Organisation zusammenzufassen zum Ziele ihrer selbständigen Befreiung.

Die Partei bezeichnet es mit Freude, daß diese Fühlung unter den Proletariats aller Länder wiederhergestellt worden ist und sie so bereit die Sektionen, die in Fern nicht vertreten waren, dringend auf, ihre Vertreter zu dem nächsten internationalen Kongress zu schicken.

1. um eine neue Leitung der Internationale zu schaffen und in den angeschlossenen Sektionen die notwendigen Änderungen vorzunehmen;

2. um die Grundsätze des Klassenkampfes nach die unbedingte Opposition gegen die bürgerlichen Parteien und Regierungen in Kraft zu setzen;

3. um in ungewohnter Weise die Internationale sofort auf die soziale Revolution hinzuwirken nach dem Beispiel Rußlands, Ungarns und Deutschlands.

Um diese Politik zu unterstützen und zum Siege zu führen, hält die französische Abteilung der sozialistischen Partei für den Augenblick ihre Zugehörigkeit zu dem internationalen sozialistischen Bureau aufrecht.

Die internationale Sozialistenkonferenz.

Amsterdam, 26. April.

Das Organ der holländischen Arbeiterpartei „Het Volk“ bearbeitet den Zusammenritt der internationalen sozialistischen Konferenz, die eine Fortsetzung der Berner Konferenz sei. Das Blatt schreibt weiter, starke caotische und nationalistische Regierungen verhindern in Paris eine richtige Lösung der Friedensfrage. Den an der Sozialistenkonferenz teilnehmenden Vertretern würde es weniger schwer fallen, eine Lösung zu finden. Die Konferenz werde die Früchte ihrer Arbeit den Machthabern in Paris anbieten und hoffe, daß diese davon Gebrauch machen würden. Die Konferenz werde vielleicht noch mehr tun und eine ernste Gefahr von Europa abwenden. Diese Gefahr werde durch die Friedensbedingungen heraufbeschworen, die Deutschland auferlegt werden sollten und bestehe darin, daß die deutsche Regierung die Verantwortung für die Bedingungen nicht übernehmen könne. In diesem Falle gehe am Horizont die dunkle Drohung des Unterganges des alten Europa auf. Die Amsterdamer Konferenz, die Vertretung der gesamten Arbeiterklasse Europas, könne mit besonderem Nachdruck verlangen, daß dem deutschen Siebzehn-Millionenvolk nicht die Möglichkeit genommen werde, sich wieder aufzurichten und in der Brüderlichkeit der Völker einen würdigen Platz einzunehmen. Die neue Zeit müsse von den Grundrissen beherrscht werden, die im Programm der Internationale und in Wilsons Programm niedergelegt seien.

Diplomatischer Situationsbericht.

Paris, 26. April.

Bisson, Clemenceau und Lloyd George hielten am Freitag keine Sitzung ab. Auf der Tagesordnung der nächsten Beratung der Minister des Reichens der fünf Großmächte stehen der Aufbruch, die deutschen Kolonien und die polnischen Angelegenheiten. Der Ministerrat hörte Marschall Koch über die militärischen Bestimmungen des Vorlesens, besonders über die Modalitäten und die mutmaßliche Dauer der Besetzung des linken Rheinuferes. Cambon und Tardieu wohnten als Beobachtungsmitglieder der Sitzung bei. Nach dem Vortrage des Marschalls Koch wurden seine Vorlesungen geprüft und schließlich die bereits festgelegten militärischen Bestimmungen gutgeheißen.

Der Rat wurde ferner über die Entschädigung des Zwischenfalls mit Italien unterrichtet. Die Lage ist noch auf demselben Punkte, in dessen werden Sonnino und Salandra Sonnabend nachmittag 2 Uhr nach Rom abreisen. Die italienischen Delegierten in verschiedenen Kommissionen wohnen den Sitzungen nicht mehr bei. Italien bringt damit seinen Willen zum Ausdruck, bei den Arbeiten der Konferenz in keiner Weise mitzuwirken, wenigstens vorläufig. Auf amerikanischer Seite scheint nicht die Absicht zu bestehen, Italien sein Verhalten entgegen zu lassen, indem Italien, wie gemeldet, einen Kredit von 50 Millionen zur Beschaffung von Kohlen angeboten wurde. Wilson soll erklärt haben, daß man gegenüber einem Verbündeten wie Italien niemals wirtschaftlichen Druck anzuwenden werde.

An der Abfassung der Friedenspräliminarien wird eifrig gearbeitet. Die erste Staffel der deutschen Delegierten ist Freitag vormittag in Paris eingetroffen. Wie aus Deutschland zurückgekehrte unterrichtete Persönlichkeiten sagen, dürften die Präliminarien von den deutschen Delegierten zuerst an die Regierung weitergegeben werden, die sie ihrerseits der Nationalversammlung vorlegen wird. Diese wird voraussichtlich die Verantwortung für die Unterzeichnung oder für die Ablehnung nicht auf sich nehmen wollen, sondern Gelegenheit geben, sich durch ein Referendum auszusprechen. Es ist übrigens nicht ausgeschlossen, daß die Entscheidung zugunsten der Annahme der Bedingungen ausfällt. Diese Normalität wird indessen rasch erfolgen, spätestens 14 Tage nach Mitteilung des Textes an die Deutschen.

Verstößt.

Der „Vorwärts“ drückt endlich die Verächtlichkeit des früheren preussischen Finanzministers Simon ab, behauptet aber trotzdem, daß Genosse Simon für seine Bemühungen, die Vermögensregistrierung und die übrigen Maßnahmen durchzuführen, bei unseren Genossen in der Regierung „offenbar“ nicht die notwendige Unterstützung gefunden hätte. Wir haben wiederholt konstatiert, daß all diese Ausreden völlig unwahr sind, unsere Genossen sowohl in der Reichsregierung wie im Preussischen Ministerium vielmehr alle Mühe darangesetzt haben, die nötigen Steuermaßnahmen unverzüglich durchzuführen. Sie scheiterten vor allem an den Widerstand des Reichsschatzamts unter Petrus Schiffer, dessen Obstruktion bei den rechtssozialistischen Regierungsleuten — milde gesagt — auf keinen Widerstand stieß. Auch seitdem ist nicht das geringste geschehen, um dem Ruin unserer Finanzen Einhalt zu tun. Kein Versuchungsverfuch des „Vorwärts“ wird imstande sein, diesen klaren Sachverhalt zu verdunkeln.

Koste ist verzeihl.

Das Verbot der „Republik“ ist noch nicht aufgehoben. Eine schriftliche Verfügung des Verbotes hatten Verlag und Redaktion der „Republik“ bis gestern abend noch nicht erhalten.

Die gesamte bürgerliche Presse, die gewöhnlich Wiederherstellung der Pressefreiheit, als „Vorwärts“, „Berliner Tageblatt“ und die Witten-Bätter befehlt waren, die Anwendung von Kriegsmaschinen,minen- und Flammenwerfern billigt, diese gesamte heuchlerische gute Gesellschaft schweigt, da nicht Spartakus, sondern die Regierung ein ihr unangenehmes Organ unterdrückt. Die Offiziere des Edenhotels beschließen und die Demokrasien gehen in Reih und Glied. Rolle ist fern Nicht erreichbar; muß in Rom die Front abschneiden. Und ohne ihn mag die Regierung nicht, durch Aufhebung des Verbotes gegen die Offiziere einzuschreiten.

Selbst der „Vorwärts“, der Schöpfer der Schändelbliston vom Kurfürstendamm, äußert: Seine Hoffnung, daß es sich bei dem Verbot der „Republik“ nur um ein peinliches Mißverständnis handle, habe sich nicht erfüllt. Und er kann nicht umhin, das Verbot für eine verfehlte Maßnahme zu halten.

Man kann in der Tat nur der rechtssozialistischen „Freien Zeitung“ zustimmen, die feststellte, daß angehörs bedauerlicher ungenügender Vergewaltigung alle Verantwortung für etwa kommende Unruhen die Regierung trägt und keine noch so geschickte Inszenierung von Gueuelnachrichten werde sie später davon befreien können.

Wie der „Vorwärts“ antwortet.

Wir hatten in unserer gestrigen Morgenaufgabe festgestellt, daß der „Vorwärts“ hartnäckig zu den Anklagen schweigt, die wir gegen ihn erheben. Auf die eine unserer Anklagen, daß die Freiwilligenverbände von den Geldern der Unternehmer ausgeschalten werden, schweigt der „Vorwärts“ auch heute noch.

Seine Antwort auf die andere Anklage ist ein solches Verlegenheitszeugnis, daß wir es uns nicht versagen können, unseren Lesern den wesentlichsten Teil wörtlich vorzusetzen. Der „Vorwärts“ schreibt:

„Die „Freiheit“ ist wieder einmal sehr unzufrieden mit uns. Sie beschuldigt den „Vorwärts“, zu ihrer Anklage zu schweigen, die dahin geht, daß der „Vorwärts“ den jüngsten Beschluß des Bezirksrates der S. P. D. betreffend den Infanterie teil zum überhandeln hätte. Uns ist allerdings unklar, daß der Bezirksrat der S. P. D. die „Freiheit“ mit der Überwachung seiner Beschlüsse betraut hätte. Wenn unsere Berliner Parteigenossen Beschwerden über den „Vorwärts“ haben, so halten wir sie für Mannes genug, diese selber vorzubringen und werden ihnen in jeder Weise Rede und Antwort stehen. Die Art, wie die „Freiheit“ sich in innere Parteianglegenheiten der S. P. D. einzumengen sucht, muß zum mindesten als ungewöhnlich bezeichnet werden, wann auch der Jura des Wanders leicht ersichtlich ist.“

Zu dieser Antwort ist zu bemerken, daß sie die Verlegenheit deutlich offenbart, in die der „Vorwärts“ durch unsere Feststellung geraten ist, daß er, der Apostel der Demokratie, sich höchst undemokratisch über die Beschlüsse der Parteio rganisation hinwegsetzt. Wir denken gar nicht daran, uns in innere Parteianglegenheiten der S. P. D. einzumengen, die die Öffentlichkeit nicht interessieren. Wir werden aber unserer Pflicht, die rechtssozialistischen Arbeiter darauf aufmerksam zu machen, daß sie von ihrem Parteiorgan verraten und um schändlichen Gewinnes wegen verkauft werden, immer nachkommen. Im übrigen bemerken wir, daß es durchaus nicht leicht ist, wie die Opposition innerhalb der Rechtssozialisten auf dem letzten Bezirksrat hinsichtlich erfahren hat, Beschwerden gegen den „Vorwärts“ dort vorzubringen. Erst in späterer Abendstunde hat man damals dieses heisse Thema zur Beratung gestellt und noch dem Vorbild Seines, dem Angeklagten Stambor das Wort gegeben noch bevor die Anklage überhaupt begründet werden konnte. Die Folge davon war, daß die Anklage durchaus nicht ausreichend zu Worte kamen und die Scheitlungen der Parteiführer es erreichten, daß das Mißtrauensvotum gegen den „Vorwärts“ mit der winzigen Mehrheit von 8 Stimmen bei über 320 abgegebenen Stimmen abgelehnt wurde.

Daß die Haltung des „Vorwärts“ trotz dieser offensichtlichen gewaltigen Mißstimmung, die in den eigenen Kreisen gegen ihn herrscht, sich nicht gebessert hat, und der „Vorwärts“ immer noch mehr Wert darauf legt, Sakai des

Korps Mätkitz zu sein und nicht Anwalt der Arbeiterinteressen, zeigt, wie notwendig es ist, daß wir immer und immer wieder darauf hinweisen, wenn er sich solche sozialistischen Handlungen zuschulden kommen läßt.

Keine Beraubung des Juliussturms.

Ein Mittagsblatt hatte gestern berichtet, daß bei den letzten „spartakistischen Unruhen“ in Spandau aus dem Julius-Turm in Spandau 30 Millionen Reichsmark geraubt worden seien. Die dem amtlich erklärt wird, entspricht die Meldung in dieser Form nicht den Tatsachen und es ist insbesondere von einem Diebstahl im Julius-Turm nichts bekannt. Dieser Turm schon insofern nicht in Frage, als er zur Zeit der Unruhen im März, während deren Verlauf die Beraubung vor sich gegangen sein sollte, sich nicht in den Händen von Spartakisten befand, sondern von regierungstreuen Truppen dauernd besetzt war.

Richtig sei dagegen, daß tatsächlich ein Diebstahl von rumänischen Leih, die seinerzeit etwas in genannten Betrag von dem Wirtschaftskomite für Rumänien nach dessen Abrechnung hier gebracht wurden, vorgekommen ist. Dieser Diebstahl ist in der sogenannten Zitatele vor sich gegangen, wo die Geldnoten verläufig untergebracht worden waren. Er hoch sich die geraubte Summe beläuft und auch über die Art und Weise, in der die Diebe vorgegangen, ist bisher nichts bekannt. Ebenso wenig hat man von den Tätern bis zur Stunde die geringste Spur.

Der „Vorwärts“, der schon wieder antogte, nur „Spartakus“ für diesen Diebstahl verantwortlich zu machen, wird wohl nicht umhin können, sich nach anderen Verantwortlichen umzusehen.

Termin gegen Ledebour und Däumig.

Die Verhandlung gegen die Genossen Ledebour und Däumig ist auf den 19. Mai festgesetzt worden.

Die Verhandlungen im Liebknecht-Prozess.

T. U. Berlin, 26. April.

Die kriegsgerichtliche Hauptverhandlung gegen die an der Tötung des Dr. Karl Liebknecht und Frau Rosa Luxemburg Beteiligten ist auf Donnerstag, den 8. Mai 1919, vormittags 9 Uhr festgesetzt. Sie findet nicht, wie zunächst in Aussicht genommen und noch auf den Labungen der Zeugen und Sachverständigen angegeben, im kleinen, sondern im großen Schourgerichtssaal des alten Roabiler Kriminalgerichts statt. Der Justizbeamte darf nur mit Eintrittskarten Zutritt werden, die beim Obersten Garde-Rosaberie-Schützen-Korps (Abteilung III, J. Oberhofel, Zimmer 235) erhältlich sind. In erster Reihe werden die Familienangehörigen der Getöteten und der Angeklagten berechtigt werden. Für die Vertreter der Tagespresse sind die Beschworenenliste referiert. Die Verhandlung wird voraussichtlich drei Tage dauern.

Die Forderungen der Kriegsbeschädigten teilweise bewilligt.

Wolffs Bureau berichtet: Die verschiedenen Organisations der Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen haben dem Reichsministerium Beschwerden vorgetragen und Vor schläge unterbreitet. Die fordern 1. sofortige Reform ihrer Versorgungsgesetze unter Zugleichung ihrer Organisations; 2. bis dahin wesentliche Erhöhungen der Bezüge; 3. nachträgliche Gewährung von Entlassungsbezügen und sonstiger Entlassungsgebühren an die vor dem 9. November 1918 entlassenen Kriegsbeschädigten; 4. Inangriffnahme eines Gesetzes zur Schaffung eines wirksamen Entlassungsbezuges; 5. beschleunigte Wohnungsfürsorge durch Schaffung von Reichsarbeitern, Inangriffnahme von Wohnungsbauten und Prüfung der Privilegierung; 6. Vereinfachung ausreichender Reichsmittel für die soziale Kriegsbeschädigten- und Hinterbliebenenfürsorge.

Der Präsident des Reichsministeriums hat hierauf geantwortet. Er sagt dabei:

Zu 1. Die Reform der Militärversorgungsgesetze ist in Arbeit und wird mit größter Beschleunigung durchgeführt werden. Hierbei wird die Kriegsbeschädigten- und Kriegshinterbliebenen-Organisationen zur Mitarbeit herangezogen werden. Auch sollen Kriegsbeschädigte bei den Verwaltungsarbeiten der Versorgungsstellen mitwirken.

Zu 2. Bis zum Inkrafttreten dieser Gesetze werden allen versorgungsberechtigten Militärpersonen der Unterlassen und deren Hinterbliebenen mit Wirkung vom 1. Juni 1919 laufende, monatlich zahlbare Teuerungszulagen gewährt, und zwar in Höhe von 40 Prozent auf alle Löhnen zuzurechnen, laufend zahlbaren Pensionen und Zulagen (Renten, Kriegs-, Verwundungszulagen und Zulagen) und auf die Bedürfnisse, die nach dem Kapitalabfindungsgesetz einer Kapitalabfindung zugrunde gelegt sind.

Außerdem wird verfügt werden, daß zunächst auf die Dauer eines Jahres von jeder Verabschiedung oder Entziehung von Versorgungsgebühren im Verwaltungswege abzusehen ist.

Zu 3. Ein Entlassungsbezugsanspruch soll den vor dem 9. November 1918 entlassenen Kriegsbeschädigten, die zwischen dem 1. Juli 1918 und dem 9. November 1918 entlassen sind, nach den Bestimmungen für die nach dem 9. November 1918 entlassenen Militärpersonen gegeben sind, unter folgenden Voraussetzungen gegeben werden: in Gemeinden mit weniger als 50 000 Einwohnern, 3000 Reichsmark, wenn der Betroffene weniger als 50 000 Reichsmark in Gemeinden von 50 000 bis 100 000 Einwohnern, 4000 Reichsmark, wenn der Betroffene weniger als 100 000 Reichsmark in Gemeinden mit mehr als 100 000 Einwohnern, wenn der Betroffene weniger als 100 000 Reichsmark.

Die Ausgabe wird bei der augenblicklichen Notlage allmählich erfolgen, dagegen kann die künftige Abfindung auf Wunsch unverzüglich ausbezahlt werden.

Zu 4. Die Vorarbeiten zu der gesetzlichen Anstellung wirklichen Einstellungsbezuges sind abgeschlossen und die Einladungen zur Mitarbeit an die zugewiesenen Kriegsbeschädigtenverbände ergangen.

Zu 5. Die Reichsregierung ist gern bereit, die verschiedenen Wohnungs- und Siedlungs

stehenden Prüfung unterziehen zu lassen. Auch hier sollen die Rechte der Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen zur Mitarbeit herangezogen werden.

Zu 6. Für die soziale Kriegsbeschädigten- und Hinterbliebenenfürsorge — und zwar sowohl für ihre praktischen Aufgaben, als auch für ihre Einrichtung — werden ausreichende Mittel zur Verfügung gestellt werden.

Zur Bekräftigung der unter 2, 3 und 6 erwähnten Verbesserungen im Bereich der... und für... ergibt sich die Wichtigkeit der bis zum äußersten gespannten Finanzlage... den Betrag von 300 Millionen Mark zur Verfügung.

Wer treibt zur Spaltung in den Gewerkschaften?

Und wird geschrieben: Den Gewerkschaftsführern schwimmen die Hände weg. An vielen Orten Deutschlands, besonders in den Industriezentren, rechnen die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter mit ihren „verdienten Führern“ ab, und setzen an ihre Stelle Leute, deren Tätigkeit getragen wird von dem Vertrauen der Mitglieder.

So haben im Deutschen Metallarbeiter-Verband in verschiedenen großen Städten (Berlin, Braunschweig, Bremen u. a.) die Mitglieder ihre Ortsvereinigungen neu besetzt. Das bewirkt der Hauptvorstand des Metallarbeiter-Verbandes dazu, in einer Rundgebung seine Mitglieder auf das größtmögliche zu beschämen, in der klar zu erkennenden Absicht, einen Keil in die Reihen der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter zu treiben, kurz, die Spaltung zu vollziehen und zu vertiefen, was noch in weiterem ist.

In der Rundgebung wird eine heftige Schimpfkampagne gegen „Spartakus“ losgelassen. Der Vorstand des Metallarbeiter-Verbandes will damit die an der Gewerkschaft geklebte gerechte Kritik von vornherein in Nichtacht bringen. Er sieht nicht die Schuld, die die Verbände durch ihre bisherige Taktik, und nicht zuletzt durch ihre Kriegs- und Revolutionspolitik, auf sich geladen haben. Und so verweigert er sich denn zu folgenden Behauptungen:

Er (Spartakus) begnügt sich nicht mit der dauernden Verbesserung der politischen Arbeiterbewegung — auch die Unabhängigen sind ihm verfallen —, sondern er lenkt schon seit langem durch raffiniert in die Arbeiterschaft hinein-geworfene Schlagworte seine begehlichen Pläne besonders auf die Gewerkschaften. Auch diese will er rücksichtslos zertrümmern, weil sie seiner Alleinherrschaft im Wege stehen. Rücksichtslos werden verdiente Gewerkschaftsangehörige von ihm (Spartakus) angegriffen, die ein Stück von den jetzt hochachteten „Gewerkschaftslogen“ nur mit Mühe und Not zu einem entschlossenen Vorgehen im wirtschaftlichen Lohnkampf veranlaßt werden konnten, beiseite geschoben und wegen ihrer abweichenden politischen Meinung gemahnt. Eine Gesinnungs-Verfälschung hat eingetreten, wie sie schlimmer auch nicht vom Kapitalismus verübt worden ist.

„Wahre du nicht mein Bruder sein, schlag' ich dir den Schädel ein.“ Danach wird vom Spartakismus gehandelt. Daß sich das nicht auch an ihm selbst und vor allem am Sozialismus zeigen muß, das kümmert diese „Beglückten“ der Menschheit nicht.

Dieser Provokation hat sich bereits die mittlere Gewerkschaft der Ortsverwaltung Berlin am Freitag, den 4. April 1919, angeschlossen und folgende Resolution angenommen, die der nächsten Generalversammlung zur Annahme unterbreitet werden soll:

In Nummer 14 der „Metallarbeiter-Zeitung“ erklärt der Vorstand des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes eine Rundgebung: „Gegen Terror und Wahrgelung im Deutschen Metallarbeiter-Verband.“ Diese Rundgebung zeigt von einem Geist, der für die Arbeiterbewegung als unheilvoll zu bezeichnen ist. Diesen Verrat an den Interessen der Arbeiterschaft können wir nicht hinnehmen, ohne dagegen den allerhöchsten Protest zu erheben. Die Rundgebung wendet sich schärfend gegen das Rätesystem sowie gegen alle Errungenschaften der Revolution und ist daher durchaus gegen-revolutionär. Diesen Schlag gegen die organisierte Arbeiterschaft Deutschlands, der von dem Gedanken der Zerstückelung getragen wird, können und dürfen wir nicht ruhig hinnehmen. Die Verräter der Arbeiterschaft, die ver-trauenstunwürdigen Führer der Gewerkschaften müssen daher schnellstens abberufen und durch andere nicht bloßgeschickte Kollegen, die schon während des Krieges und auch jetzt die wahren Interessen der Arbeiterschaft vertreten haben, ersetzt werden.

Es ist zu erwarten, daß die Berliner Metallarbeiter sich die Herausforderung ihres Verbandsvorstandes nicht gefallen lassen werden und daß sie hierfür in der Generalversammlung eine günstige Abrechnung mit ihm vornehmen.

Gewerkschaftliches.

Ein Sieg der Opposition.

Ein günstiges Ergebnis hat die gestrige Versammlung des Zentralverbandes, Verwaltungssitz Berlin, gezeitigt. Bei der Wahl des Bevollmächtigten hat der ehemalige Gewerkschaftsmitglied Bürger (Metallarbeiter) 2888 Stimmen und Herr Kollege Jansen (U. S. P.) 3100 Stimmen erhalten.

Für die Verträgebeschaffung und Arbeitslosen-Unterstützung haben sich 2021, dagegen 1021.

Für den Antrag, daß die „Freiheit“ nur mehr als Publikationsorgan gelten und der „Vorwärts“ ausgeschaltet werden soll, haben sich 2410 Stimmen, dagegen 2489 Stimmen abgegeben worden.

Generalversammlung der Holzbildhauer.

In der am 24. d. M. tagenden Generalversammlung des Zentralverbandes der Bildhauer wurde vom Obmann der Holz-Bildhauer-Kolonie über die Verhandlungen der Lohnbeschaffung ab 1. Januar d. J. im Oktober vor. J. wurde eine Lohnforderung von 25 Pfg. verhandelt und in der Sitzung der Arbeitsgemeinschaft festgelegt, daß ab 14. November der Lohn der Bildhauer auf 25 Pfg. erhöht wird. In der Sitzung der Arbeitsgemeinschaft am 27. November wurde die Lohnforderung der Holz-Bildhauer auf 1. Dezember festgelegt. Die Bildhauer-Kolonie wollten den Lohnausgleich für die Holz-Bildhauer ab 1. Januar gelten lassen, was aber von den Holz-Bildhauer-Vertretern abgelehnt wurde. Die Lohnbeschaffung am 1. Januar wurde nicht gewährt. Nachdem nochmals versucht war, den Lohn der Arbeitsgemeinschaft die Lohnbeschaffung zur Annahme zu bringen, mußte die Sache dem Einigungsamt unterbreitet werden. Am 24. d. M. wurde folgendes Urteil gefällt: Die im Oktober getroffene Vereinbarung wird durch

die Arbeitszeitverkürzung nicht aufgehoben. Die Lohnerhöhung ab 4. Januar ist zu zahlen. Demnach haben die Kollegen in Bildhauerzirkeln die Lohnerhöhung vom 4. Januar ab pro Stunde 10 Pfg. zu fordern. Bei Verzögerung des Prinzipals muß der Arbeitgeber beschritten werden.

Die Hinauszögerung dieser Lohnerhöhung zeigt, daß die Arbeitsgemeinschaft wohl beschließen kann, doch zur Durchsetzung nicht die Macht hat. Die Arbeitsgemeinschaft muß also als zwecklos aufgegeben werden.

Nach kurzen Ausführungen wurde der Beschluß einstimmig angenommen, die Arbeitsgemeinschaft zu kündigen. Anschließend beschloß sie, für den Lohnforderungen der Holz-Bildhauer anzukämpfen, und w. der Vorstand beauftragt, der zuständigen Organisation die Forderungen zu unterbreiten. Die Kollegen sollen die Forderung in den Briefkästen stellen: ab 1. April 40 Pfg. Lohnerhöhung, ab 1. Mai weitere 10 Pfg.

Dann wurde der der Aufstellung der Delegierten zur Verbandsgeneralversammlung über den Antrag Bringer: „In den Versammlungen muß in parteipolitischer Hinsicht Neutralität gewahrt werden“, diskutiert. Es wurde ausgeführt, daß bei der einseitigen politischen Schreibung der „Bildhauer-Zeitung“ keine Neutralität gewahrt werden könne. Ferner wurde gegen den Redakteur Dupont Stellung genommen, welcher dem Beschluß in der Vorstandssitzung über den Belagerungszustand zugestimmt hat und andererseits Artikel abgelehnt oder später erschienen läßt. Der Antrag Bringer wurde abgelehnt. Angenommen wurde ein Antrag, der die Delegierten verpflichtet, für die Anträge der Berliner Verwaltungssitzung einzutreten.

Als Kandidaten wurden aufgestellt: Banzold, Ebers, Krumpholtz, Kuner, Preuß und Hauenstein.

Als Beisitzer im Kuratorium des Städtischen Arbeitsnachweises wurden Reipert und Ebers gewählt.

Dann wurde noch mitgeteilt, daß am 6. Mai die Quartalsversammlung und am 15. Mai eine Versammlung mit dem Vortrag „Rätesystem und Gewerkschaften“ stattfindet.

Für die Vertrauensleute aus dem Bildhauerverein findet am Montag, den 28. d. M., abends 5 Uhr, eine Sitzung im Bureau statt.

Der Branchenabend der Holzbranche findet am 30. d. M., abends 5 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Saal 5, statt. Tagesordnung: Die Lohnbewegung in der Holzindustrie. Erscheinen aller ist notwendig.

Sattler und Portefeuille für das Rätesystem.

Der Verband der Sattler und Portefeuille, Ortsverwaltung Berlin, hielt am 24. April in Voelkers Feilsaler seine Generalversammlung ab. Nach dem Rapportbericht, den Kol. Wehler einleitend gab, hatte die Hauptkassette eine Einnahme von 72 480,92 Mark, der die gleiche Ausgabe gegenüberstand; die Lokalasse hatte eine Einnahme von 106 189,42 M. und eine Ausgabe von 88 412,50 M., also einen Bestand von 47 776,92 M. Die Berliner Verwaltung hatte eine Einnahme von 7676,78 M. und eine Ausgabe von 4189,22 M., so daß ein Bestand von 3487,56 M. verblieb. Der Mitgliederbestand war am 1. Januar 1919: 5086, darunter 1182 weibliche Mitglieder, am 31. März 1919: 4900, darunter 767 weibliche Mitglieder.

Vor der Wahl von drei Angestellten für die Berliner Verwaltung erklärte im Auftrage der damals eingesetzten Kommission zur Prüfung der Bewerbungen, Kol. Voh, folgendes: Die Kommission sei zu dem Beschluß gelangt, die Stellen nochmals auszusuchen, da unter den leider sehr wenigen Bewerbern keine geeigneten Kandidaten vorhanden seien. Die Schläge der Generalversammlung vor, unter diesen Umständen von der Wahl Abstand zu nehmen, da es nicht angängig sei, beratend verantwortungsvolle Posten ungeeigneten Kräften zu übertragen. Es seien nur fünf Bewerbungen eingegangen, worunter sich zwei alte Angestellte befänden.

In der Diskussion wird mit wenigen Ausnahmen der Standpunkt vertrete, daß die neuen Angestellten unbedingt auf dem Standpunkt des Rätesystems stehen müßten. Von einigen Rednern wurde verlangt, daß nur Mitglieder der U. S. P. oder der A. P. zu berücksichtigen seien. Ein dahingehender Antrag wurde schließlich mit 188 gegen 128 Stimmen abgelehnt, während ein Antrag lautet: „Die Bewerber haben sich grundsätzlich auf den Boden des Rätesystems zu stellen“, mit großer Stimmenmehrheit angenommen wurde.

In der sehr regen Diskussion erklärte u. a. Kol. Gottschalk: Es könnten nur Führer in Betracht kommen, die heute eine Kampfsituation einnehmen, dazu seien aber Mitglieder der Reichspartei unter den heutigen Umständen gar nicht in der Lage, da sie ja ihre Regierungsgenossen unterstützen müßten. Seine längeren Ausführungen wurden mit großem Beifall aufgenommen. Der Vorsitzende, Kol. Schulz, verweigert unter großer Unruhe seine Gewerkschaftstätigkeit in längeren Ausführungen.

Ein Antrag, die Wahl der sich wieder beworbene Angestellten heute schon vorzunehmen, wurde abgelehnt, dagegen wird der Vorschlag der Kommission, die Wahl aller drei Angestellten bis zur nächsten Versammlung zu vertagen, mit großer Mehrheit angenommen. Unter Verschiedenen wurde gleichfalls ein Antrag, betr. Wahl der Vertreter zum Gewerkschaftskongress, bis zur nächsten Versammlung vertagt.

Gashandwerker und Magistrat.

In einer stark besuchten Versammlung der in den Gasanstalten beschäftigten Handwerker gab Kollege Münter den Bericht von den Verhandlungen mit dem Magistrat. Die am Freitag gewählte Kommission hat direkt mit dem Oberbürgermeister verhandelt, der aber keine Entscheidung treffen wollte. Er verwies schließlich die Vertreter an die Gaswerkdirektion, mit der dann eine vier Stunden lange Verhandlung stattfand. Bemerkenswert ist, daß auch der Direktor Schöneberg die Ansicht ausspricht, den Gashandwerkern habe ein Stundenlohn von 2,00 Mark zu. Da aber die Vertreter der anderen Werke gegenteiliger Ansicht sind, so führten die Verhandlungen zu keinem Ergebnis. Der Magistrat betruht sich nach wie vor auf die vom Schlichtungsausschuß in dieser Lohnfrage zu fällende Entscheidung.

In der sehr fröhlichen Diskussion wurde von allen Rednern das abstoßende Verhalten des Magistrats verurteilt. Da auch in den Bezirksämtern schon 2,65 Mark Stundenlohn gezahlt werde, muß der Magistrat auch die Forderung der Gashandwerker bewilligen. Gerügt wurde das Verhalten der Oberverwaltung, die es versäumt hat, die Verhandlungskommission ordnungsmäßig beim Magistrat anzumelden. Hätte das geschehen, dann hätten die verantwortlichen Direktoren sämtlich an der Verhandlung teilnehmen können. Einige Redner behaupten, daß in diesem Falle der Tarif sich infolgedessen als ein Hemmschuh erweise, als die Gashandwerker den Schlichtungsausschuß, von dem nichts zu erwarten sei, anerkennen müssen.

Die Versammlung beschloß, die Entscheidung des Schlichtungsausschußes abzuwarten. Als Vertreter der Gashandwerker in diesem Ausschusse wurde Laboschinski gewählt.

Die Lohnbewegung der Groß-Berliner Sanitätsmannschaften.

Im Referat-Garnison-Kasernen 1 Berlin fand am Sonntagabend eine Vollversammlung der in den Groß-Berliner Kasernen beschäftigten Sanitätsmannschaften und Militärkrankenwärter statt. Einleitend wurde bekanntlich eine Fünferkommission gewählt, die mit den zuständigen Stellen wegen Anstellung auf Militärvertrag und der Lohnforderungen unterhandeln sollte. Das ist nunmehr geschehen, und in der Versammlung fand das Ergebnis dieser Verhandlungen zur Beratung. Nach mehreren Besprechungen der Fünferkommission mit dem Garnison-

Berlin konnte die Kommission der Versammlung folgende vortraglich festgelegte Vorschläge machen:

1. Für Krankenwärter, Hausdiener, Woten, Dienst, Hausarbeiter, Kuchler usw. wird ein Tageslohn von 18,50 M. festgelegt.
2. Für Stationsaufseher, gelehrte Laboratoriums-, Operations-, Zeichen-, Wadentier usw. ist ein Tageslohn von 18 M. festgelegt.

Für Dienstleistungen an Kranken soll ein Zuschlag von 0,75 M. den Tag gezahlt werden. Die Arbeitszeit beträgt 8 Stunden. Ueberstunden werden mit 200 Pfg. Zuschlag bezahlt. Verpflegung kann von der Lazarettverwaltung gegen Zahlung von 2,70 M. den Tag, bezugleich Wohnung für 0,40 bis 0,75 M. für den Tag angewiesen werden. Arbeitszeit und Festsetzung der Arbeitszeit erfolgt durch den Chefarzt im Benehmen mit dem Arbeiterausschuß.

Diese Vereinbarungen stützen sich auf den Tarifvertrag des Gemeinde- und Staatsarbeiterverbandes in Berlin. Die Versammlung nahm den Vertrag des Gouverneurs sowie einen von der Fünferkommission ausgearbeiteten Anstellungsvertrag gegen eine Stimme unter Vorbehalt an. Die Verträge sollen am 1. Mai in Kraft treten. Beschlossen wurde noch, sich sofort der Organisation anzuschließen.

Zu dem bevorstehenden Gewerkschaftskongress und zu dem in diesem Jahre stattfindenden Verbandstag nahm eine Mitgliederversammlung aller in der Gut- und Pelzwarenindustrie beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen am 22. April Stellung. Auch in dieser Versammlung kam die tiefgehende Unzufriedenheit mit der Generalkommission und den Gewerkschaftsvorständen zum Ausdruck, die zur Rechenhaft gemacht werden müßten für ihre Kriegspolitik. Dem Rätesystem müßte mehr der Weg gebahnt werden. Auch auf den Verbandstag müßten die Mitglieder Abacht geben, weil auch im Verband viel gefündigt worden sei. Alle Redner beturten auf schärfste die Politik der Generalkommission sowie die der Führer der U. S. P. Auch die Schweißweise des „Vorwärts“ wurde einer scharfen Kritik unterzogen und beschloßen, alle sich notwendig machenden Inserate nur noch in der „Freiheit“ bekanntzugeben. Ein zweiter Antrag, der die Aufhebung des Belagerungszustandes forderte, kam durch das Verhalten des Vorsitzenden Ebbe nicht zur Abstimmung, er wäre sicher angenommen worden.

Eine Branchenversammlung der Metallschleifer, Galvaniseure, Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen nahm nach einem Vortrag des Genossen Neumann und längerer lebhafter Diskussion darüber folgende Resolution einstimmig an: Die am 24. April in den „Arminshallen“ tagende Versammlung der Berliner Metallschleifer, Galvaniseure, Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen stellt sich auf den Boden des Rätesystems als revolutionärer Basis. Sie erkläre in dem Rätesystem das einzige Mittel zur Vertreibung der Arbeiterklasse von dem Kapitalismus, um somit die Uebernahme der Produktion durch die Arbeiterschaft zu vollziehen. Die Versammlung hält daher eine schnelle Einigung des Proletariats für notwendig, um eine geschlossene Kampffront gegen die sozialisterrückende Regierung zu bilden und den Sozialismus zu verwirklichen. — Dann nahm die Versammlung Stellung zum Gewerkschaftskongress, wobei für die Branche zwei Kollegen als Kandidaten in Frage kommen sollen. Kollege Hentel erstattete Bericht über die gegenwärtige Lage, sowie über die Auslegung des Kollektivvertrages, worauf folgender Beschluß gefaßt wurde: Es wird jeder Kollege, der als Schleifer in Arbeit tritt, verpflichtet, 2,85 Mark als Mindestlohn zu fordern; Galvaniseure 2,75 Mark. Des Weiteren wurde beschlossen, 150 Mark aus dem Branchenfonds den politisch Inhaftierten zu überweisen.

Im Arbeitererrat in Brandenburg a. S. war es den Herren Rechtssozialisten sehr unangenehm, daß die Brandenburger Arbeiterchaft an den Verhandlungen des Arbeiterrats besonders Interesse nahm und gelegentlich auch durch Beifalls- oder Mißfallensäußerungen sich bemerkbar machte. Man kam auf den Gedanken, Eintrittskarten auszugeben, und zwar auf Grund der Fraktionsstärke. Die Mitglieder der U. S. P. bekämpften den Antrag, eine Anzahl Rechtssozialisten entließ sich der Abstimmung, wodurch der Antrag unter den Tisch fiel.

Obste der Angestelltenausschüsse der Gruppe 14 (Metallindustrie). Montag nachm. 4 1/2 Uhr im Restaurant Veldeberg am Bahnhof Jannowbrücke Versammlung. Neu- und Ergänzungswahlen.

Gewerkschaft Spandau. Am Dienstag vorm. 10 Uhr Vertretungsversammlung in der Kronen-Brauerei, Alt-Moabit 47, Vertrauensleute eine Stunde vorher Sitzung.

Die Angestellten der Hermannswerke Berlin und Rosenthal hatten am Mittwoch, den 30. April, nachm. 4 Uhr, in den Paraden in der Müllerstraße eine Versammlung ab, in der über Ziel und Ergebnis der letzten Bewegung gesprochen wird.

Deutsche Waffen- und Munitionsfabriken. Mittwoch 1 Uhr, Betriebsversammlung in der Kronen-Brauerei Alt-Moabit.

Verkehrsangelegenheiten! Montag nachmittags 4 1/2 Uhr im Plenarsitzungsraum des früheren Herrenhauses Versammlung sämtlicher Ausschußmitglieder. 1. Wahl des Obmannes für den Zentralausschuß der Angestelltenausschüsse. — 2. Der Reichstaxi-

Das Schloß am Wannsee.

Es wird Sommer. Man weiß es freilich außer an Blumen und Sträußern zunächst nur an den Theatern. In Barnowstraße Bühne am Zoologischen Garten, die den stolzen Namen „Deutsches Künstler-Theater“ führt, hat man mit Lothar Schmidts dreistufigem Lustspiel „Das Schloß am Wannsee“ nach dem gestrigen Beifall zu schließen, das Sommergustid gefunden, bei dem sich Kriegsgewinnler über Kriegsgewinnler amüsieren können.

Lothar Schmidt hat seinen ehemals literarischen Theatralen Angst an den Nagel gehängt und sich mit der Rolle des Spahmachers für ein anspruchsloses Publikum abgefunden. Er arbeitet in seinem neuen Lustspiel mit vollen possendsten Familienrequisiten, für die Zuhörer dadurch ein wenig aufgereizt, daß der schwebdrige Berliner, der sich eine schloßartige Villa am Wannsee auf der Auktion erlangt, durch Kriegskriegserungen (Kausale „Dofolia“) keineswegs gewonnen ist und fast mit Haaren gleich mit braunen Lappen um sich wirft. Ferner ist da ein „Kulturkrieger“, der — durch die Konjunktur veranlaßt — Pardenfamilien Manieren und „Bildung“ beibringt; außerdem muß man einen „historischen“ Gegenstand in Kauf nehmen, der bald als Kochkiste, bald als Radstuhl Ludwigs des XIV. der Vereinigung des am Schluß glücklich verlobten Paares im Wege steht.

Der Verfasser hat sich in richtiger Einschätzung des heutigen durchschnittlichen Publikums die Sache sehr leicht gemacht und konnte sich oftmals vor den ihm Verulken und Seltsamen verneigen. Die Darbietung trug mit außerordentlichem Erfolg zu dem Erfolge bei. Max Adelsberg, seit seinem „Tatlerich“ als tiefer Humorist und Reizendardsteller vielfach erprobt, ver-schwandete sein reiches Können gutgelaut an die Festsetzung des urberlinisch aufgeschriebenen Schloßbesizers und wurde namentlich von den Herren Wallauer, Schrey, Klein-Rogge und den Damen Bäck, Daal und Haibe ohne prozessuelle Ueberreibungen, zu dem das Stück leicht verfließt, aufs beste unterstützt. Die Spielleitung des Herrn Dubert-Derich hatte für Kottes Zusammenspiel in vortrefflichem Rahmen gesorgt.

Helft den Gefangenen!

Wir stellen erneut fest, daß die politischen Gefangenen in den Gefängnissen hungern. Die ihnen verabreichte Kost ist meist so ungenügend und minderwertig, daß sie allen Qualen des allmählichen Verhungerns ausgeliefert sind. Wenn keine Hilfe beschafft wird, müssen die vielen Hunderte politischen Gefangenen, die in den Kerker schmachten, elend zugrunde gehen.

Es ist Ehrenpflicht der Arbeiter, Pflicht jedes anständigen Menschen, den Opfern der Willkürherrschaft zu Hilfe zu kommen. Spenden an Geld und Lebensmittel werden entgegengenommen von Rudolf Bubbe, Verlagsgenossenschaft „Freiheit“, N.W. 6, Schiffbauerdamm 19 III.

Es ist Vorsorge getroffen, daß die Spenden schnellstens den notleidenden Gefangenen zugeführt werden.

Redaktion und Verlag „Freiheit“.

Genossinnen!

Zwischen der Revolution ist die Zusammenfassung aller Kräfte der Arbeiterschaft dringender denn je notwendig. Insbesondere dürfen die Frauen nicht fehlen bei dem großen, opfervollen Ringen, das Tag für Tag stattfindet. Erfüllt von heiliger Begeisterung für die hehren Ideale des Sozialismus, müssen wir unsere ganze Persönlichkeit einleiten, sollen diese Kämpfe zu einem siegreichen Ende, zur Eroberung der politischen Macht, zur Vorkämpfung des Proletariats, zur Errichtung der sozialistischen Gesellschaft führen.

Gründlich und mächtig sind unsere Feinde: der neuartige Militarismus, die bürgerlichen Vertreter des Kapitalismus, die für ihr Eigentum und ihre Macht kämpfen, und ihre Schützlinge, die Rechtssozialisten, denen alle Mittel, die verwerflichsten und brutalsten, recht sind, um sie zu unterer Verfolgung und Unterdrückung anzuwenden und sich selbst in der Koalitionsregierung zu erhalten. Schlimmer als unter dem alten Regime ist die Verfolgung aller wahrhaftigen Revolutionäre. Eine Sicherheit der Person existiert nicht mehr.

Durch Massenverhaftungen sucht man die revolutionäre Bewegung zu ersticken.

Die Verhafteten sind der Willkür und der Brutalität einer unmenschlichen Soldateska preisgegeben, die zu den Misshandlungen wehrloser Gefangener oft genug den Mordmord begeht!

Die Schutzhäftlinge, diese entsetzliche Marter für politische Tätige, ist über Unzählige verhängt, und täglich fallen ihre Opfer zu.

Das Streikrecht, dieses vitalste Recht der Arbeitenden, wird mit Militärgewalt gemeinlich und daneben sollen durch Hunger die opponierenden Lohnsklaven niedergedrückt werden. Die korruptierte bürgerliche Presse, in Gemeinschaft mit dem größten Teil der rechtssozialistischen Zeitungen, bekämpfen und verleumdern die revolutionäre Arbeiterschaft, vergiften die öffentliche Meinung durch eine unerbittlich verlangene Berichterstattung, und erzeugen damit eine Pogromstimmung, die nur die unheilvollsten Folgen zeitigen kann.

Pressefreiheit und Versammlungsfreiheit sind vernichtet. Regierungsvertreter und Militärs verbieten Zeitungen, lassen Versammlungen iprennen und unterdrücken sie. Eine Willkür- und Gewalt Herrschaft, wie sie unter den absoluten Herrschern des Mittelalters ihres gleichen sucht, waltet im Lande.

Und zu all dem die wachsende Not und die Ungeißtheit über den Friedensschluß.

Über größer und größer wird auch die Erbitterung der Unterdrückten, fester klären sie sich um unter Banner, erfüllt von dem festen Willen, koste es, was es wolle, ihre politische und wirtschaftliche Befreiung durchzuführen.

Groß ist aber auch noch die Zahl der Indifferenten, der Gleichgültigen, namentlich unter den Frauen und Mädchen des Proletariats. Sie alle müssen aufgerüttelt, mit politischer Erkenntnis ausgerüstet werden, in ihnen allein muß das Klassenbewußtsein geweckt und entwickelt, sie alle zu mutigen Kämpferinnen erzogen, durch Einblick in die treibenden Kräfte und Entwicklungsstufe des geschichtlichen Geschehens mit Siegesicherheit erfüllt werden.

Genossinnen, bei dieser Arbeit sollt ihr in den ersten Reihen stehen. Ihr sollt an der Arbeitstätte und im Freundeskreise, in den Versammlungen und den Familien die Pioniere machen und die Gleichgültigen herausreißen aus ihrer Teilnahmelosigkeit, sie alle um das leuchtende Banner der unabhängigen Sozialdemokratie sammeln.

Eine gute Kämpferin bei dieser Arbeit zu werden, aber auch geschickten Arbeiterin muß auch unsere neue Frauenzeitung:

„Die Kämpferin“

zwei Nummern unserer Zeitung liegen bereits vor. Und auf unserem Frauenblatt hat sie sich schon viele Freunde, viele Abonnentinnen erworben. Die Nummer drei wird eine Nummer sein, die wir insbesondere zur Agitation empfehlen.

Unser neues Frauenblatt wird stets, ausgehend von den Grundgedanken des internationalen, revolutionären Sozialismus, die Leserinnen unterrichten von allen wichtigen politischen Ereignissen; es wird unseren Genossinnen ein Weckruf, unseren neuacwonnenen Mitkämpferinnen eine Leitlinie sein.

Kammonistisch ist unserer Kämpferin eine Kinderbeilage beizugeben. Wir hoffen, diese so auszustatten, daß sie den Müttern eine Hilfe bei der sozialistischen Erziehung ihrer Kinder und diesen ein lieber Freund und Kamerad wird.

Unsere Pflicht ist es deshalb, für die weiteste Verbreitung unserer Blattes zu sorgen.

Jeder Buchhandel kostet die „Kämpferin“ 20 Pfennig. Durch die Parteiorganisationen kann sie für 15 Pfennig pro Exemplar abgerufen werden.

Sie ist durch die Post zu beziehen als Einzelnummer.

und sonst durch die Leipziger Buchdruckerei, Leipzig, Tauchaerstr. 19/21. An den Orten, an denen wir eine Parteibuchhandlung besitzen, ist sie auch durch diese zu haben.

Genossinnen, nun aus Werk! Werbt eifrig Abonnenten für unsere Zeitung.

Benutzt insbesondere unsere Mailbox dazu. Aber auch nach dieser jede Gelegenheit: jede Versammlung, jede Zusammenkunft, veranstaltet Sammlaktionen allüberall.

Der Erfolg wird nicht ausbleiben. Und er wird der schönsten Lohn für eure Mühe sein.

Unsere Zeit braucht Kämpferinnen und diese gebrauchen Waffen; verschafft sie ihnen, reicht ihnen unser Blatt:

„Die Kämpferin“.

Luise Bieß.

Aus dem Gemeindeleben.

Das Neudöllner Stadtparlament gegen den Belagerungszustand.

In der letzten Sitzung der Stadtverordnetenversammlung wurde zunächst eine Anfrage der Demokraten über den Stand der Groß-Berliner Frage verhandelt. Bürgermeister Dr. Mann, der die Anfrage beantwortete, betonte, daß von allen vorgeschlagenen Lösungen für Neudölln nur die Schaffung einer neuen Einheitsgemeinde in Frage kommen könne und daß Eile hier nötig sei. Genosse Lachmann schloß sich dem Gedankengang an den Zwangsverbund an. Der Umkreis des neuen Gemeindefeldes müsse so weit als möglich gezogen werden im Interesse der ärmeren Gemeinden. Neuregelung des Steuer-, Verkehrs- und Siedlungsproblems zwingen dazu, die Frage so schnell wie möglich zu erledigen. Die Anträge bezüglich der Feier des 1. Mai wurden durch den Beschluß der Ratiosversammlung als erledigt betrachtet; ein Antrag unserer Genossen, der den Kindern der Oberklassen Gelegenheit geben will, sich an von sozialistischen Lehrern veranstalteten Schulfestern zu beteiligen, rief eine längere Debatte hervor. Natürlich lehnte auch diesmal nicht die übliche Anzempolei unserer Fraktion durch die Mehrheitsleiter, indem Stadtd. Karl unserer Partei den Vorwurf machte, sie wäre gegen die Einigung des Proletariats. Genosse Freund begründet den Antrag, und nach längerer Debatte wurde der Antrag gegen die Stimmen der Bürgerlichen und eines Rechtssozialisten angenommen. Unser Antrag auf Zulassung zweier Mitglieder des Volksgenossenschaftsrats mit Sitz und Stimme zu den Stadtverordnetenversammlungen, äußerst wirkungsvoll begründet von Genossen Siemerz, wurde gegen die Stimmen unserer Genossen abgelehnt. Die Mehrheitsleiter gaben hierzu eine Erklärung ab, in der sie betonten, daß, nachdem auf Grund des freilegenden Wahlrechts die Bevölkerung Gelegenheit hatte, sich eine Gemeindevertretung nach ihren Wünschen zu wählen, sich ein derartiger Antrag erübrige. Es wurde dann zur Beratung unseres Antrages geschritten, der Schritte des Magistrats verlangte, die Regierung zu veranlassen, den Belagerungszustand aufzuheben. Nach einer Begründung durch den Genossen Harnisch, der besonders auf die Ungeheuerlichkeit des Belagerungszustandes hinwies, wurde der Antrag einstimmig angenommen.

Dronenburg. Zwischen den städtischen Körperschaften ist es in Dronenburg zu einem Konflikt gekommen, weil eine Anzahl unbesoldeter Magistratsmitglieder entgegen dem Beschluß der Stadtverordnetenversammlung sich geweigert hatte, ihre Ämter niederzulegen. In der Sitzung der Stadtverordneten am Freitag erklärten nun die beiden sozialdemokratischen Fraktionen, daß sie mit einem Magistrat, welcher der politischen Zusammenfassung der Stadtverordnetenversammlung nicht entspreche, nicht weiter zusammenarbeiten könnten und verzichteten nach dieser Erklärung den Sitzungssaal.

Reinickendorf. Die letzte Gemeindeberatersitzung fand äußerlich im Zeichen des neuen Gemeindevorstandes. Am Vorstandstisch saßen als Schöffen die Genossen Wendt, Pohle und Reusch, von den Rechtssozialisten Schönborg und Peising. Vor Eintritt in die Stadtberatung teilte Baurat Reede die Ablehnung des Uebersteuerungszusatzes für die von der Gemeinde geplanten Kleinwohnungen mit. Der Wohnungsverband habe diesen Uebersteuerungsbetrag der privaten Baugesellschaft „Luisenhof“ gewährt. Die Gemeindevertretung protestierte aufs Schärfste und beauftragte das Bureau, alle notwendigen Schritte gegen diese unerbittliche Zurücksetzung zu unternehmen. Die abend einsehende Spezialberatung des Stadts brachte gleich beim Vorkaufs- und Gemeindevorstand, die bürgerliche Fraktion auf den Plan. Der Arbeiterrat hatte es ihr angetan, der mit 18 000 M. unter Ausgaben eingereicht ist. Da ursprünglich 25 000 M. eingelegt, die restlichen 12 000 M. aber unter einem anderen Titel wiederzuerhalten, sah Herr Rechtsanwalt Pankus hierin eine Stadterhebung. Ihm wurde von unabhängiger Seite bedeutet, daß diese Verteilung mit voller Aussicht erfolgt sei. Wäre nicht bei der Stadtausschreibung darauf geachtet worden, hätten wohlreine 50 000 M. für Arbeiterwohnungen im Voranschlag, um zu demonstrieren, welche gewaltigen Ankosten diese „unproduktiven“ Elemente der Gemeinde verursachen. In Wirklichkeit handelt es sich hier in der Tat um die Befolgung juristischer Vorgangsmittele der Arbeiterräte, während die übrigen als Vertrauensmänner der beiden sozialistischen Fraktionen dem Verwaltungsrat eingelegt seien, um nach und nach sozialistischen Geist hineinzubringen. Weiter wurde die Erhöhung der Entschädigungsumme für Schöffen und Gemeindevorordnete von 7000 M. auf 17 000 M. von bürgerlicher Seite festgesetzt, da es sich hier um ehrenamtliche Tätigkeiten handle. Von beiden sozialistischen Fraktionen wurde betont, daß, wenn früher das Schöffenamt Privileg des Wohlstandes gewesen, heute Männer der Arbeit darin lägen, denen der Arbeitslohn vergütet werden müsse, was auch für die Gemeindevorleiter zuträfe. Trotz dieser Bedenken versicherte Herr Pankus, dem neuen Gemeindevorstand die Mittel nicht vorzuziehen zu wollen. Der Steueretat, mit dem Grunderwerbserbös zusammengefaßt, wird die Steuer sofort. Wohl herrschte Uebereinstimmung bei allen Fraktionen auch diesmal, die Abtragung der gemeindlichen Grundschulden nicht aus laufenden Mitteln, sondern aus Anleihen zu decken, wobei die sozialistischen Fraktionen erklärten, zu diesem unangenehmen Vorhaben nur zu gehen, um den Steuerlohn einigermaßen erträglich gestalten zu können. Selbstverständlich wird der Bürgerlichen über die Beschäftigung der Finanzkommission aus, die Gebühren für die Kirchensteuer auf 12 Prozent zu erhöhen. Das bedeutet eine Mehreinnahme von rund 10 000 M. gegenüber den 1500 M., die der Etat hierfür in Ansatz gebracht. Der Hinweis von bürgerlicher Seite auf die Lieblosigkeit der Kirche konnte unsere Genossen in ihrem Vorhaben nicht irren machen. Sei der Kirche der Satz zu hoch, möge sie ihre Steuern selbst eingehen. Der ganzen Versammlung überwachend kam alsdann ein Antrag der Unabhängigen, den Genosse Monkowski begründete. Herr Pankus, Führer der Bürgerlichen, hatte vorher eine höhere Quantität der Umsatzsteuer von 50 000 M. auf 120 000 M. mit der außergewöhnlichen Wertsteigerung des bebauten Grundbesitzes begründet. Einem Fraktionsbeschlusse folgend, beantragte nunmehr die unabhängige Fraktion, den Wert der bebauten Grundstücke um

10 Prozent zu erhöhen, außerdem den Steuerlohn von 85 Prozent auf 4 Prozent für bebauten und von 7 Prozent auf 8 Prozent für unbebauten Grundbesitz hinaufzusetzen. Die bürgerlichen Fraktionen lehnten diese Vorschläge ab und beantragten die Veräußerung und Rückverweisung an die Finanzkommission. Unsere Fraktion wollte aber nur einer kurzen Beratung zustimmen, um den Fraktionen Gelegenheit zur Beratung zu geben. Dieser Antrag wurde angenommen. Die beiden sozialistischen Fraktionen verständigten sich alsdann dahin, einer Erhöhung der Umsatzsteuer nicht zuzustimmen, um ein erhöhtes Aussehen dieser Steuer nicht ersatzmäßig festzulegen. Dadurch wird dem Gemeindevorstand eine Reserve für besondere Fälle in die Hand gegeben. Der aus den erhöhten Einnahmen für Grundbesitz sich ergebende Mehrertrag soll verwendet werden, das Einkommen bis 1350 M. Steuerfrei zu lassen. In diesem Sinne erfolgte die Abstimmung. Der Antrag zur Staatssteuernsteuer wurde mit 255 Prozent beschloß. Die bürgerliche Fraktion stimmte gegen diesen so gestalteten Etat. Ein Dreifachbescheid, von allen Fraktionen unterstützt, 1000 Mark für demnächst einzuführende Volkshochschule zu bewilligen, fand debattelose Zustimmung. „Welfelt“ wurde der Wunsch geäußert, der nächste Etat möge nicht mehr ein Reinickendorfer, sondern der eines sozialistisch verwalteten Groß-Berlin sein.

Groß-Berlin.

Wahlfreiheit des Religionsunterrichts.

Vielfach herrscht noch Unklarheit über die Teilnahme der Kinder am Religionsunterricht. Die Kultusministerielle Verfassung hat darüber, daß die Schüler öffentlicher Schulen auf Antrag von der Teilnahme am Religionsunterricht zu entbinden sind. Diesem Antrag braucht keine bestimmte Formulierung gegeben zu werden. Es genügt zu schreiben: Ich beantrage, meinen Sohn (meine Tochter) vom Religionsunterricht zu entbinden. Der Antrag kann nur von demjenigen gestellt werden, der über die religiöse Erziehung des Schülers zu bestimmen hat. In den meisten Fällen sind das die Eltern.

Wir weisen jetzt beim Schulbeginn deswegen besonders darauf hin, weil viele Eltern aus Unwissenheit oder Bequemlichkeit von dem ihnen zustehenden Recht vielfach keinen Gebrauch machen. Sie bedenken nicht, daß sie durch ihr Verhalten unseren Kampf gegen die Vorherrschaft der Kirche im Schulwesen erleichtern. Denn wenn sich leicht herausstellen sollte, daß nur wenige Kinder dem Religionsunterricht fern bleiben, wird man diesen Umstand als Beweis dafür gegen uns ins Feld führen, daß noch ein großes Bedürfnis für die fernere Erhaltung von Religionsunterricht vorliege. Wir erweisen aber auch unseren Kindern einen schlichten Dienst, indem wir erklären, daß ihr laienfrischer Geist unter einem Wust von Bibelzitierten und Gesangbuchversen allmählich jede Spannkraft verliert. Das kindliche Hirn bedarf einer gehaltvolleren Kost. Wir heraus mit den Kindern aus dem Religionsunterricht und heraus mit dem Religionsunterricht aus der Schule. Wer da glaubt, seine Kinder mit dogmatischem Kirchenaltes füttern lassen zu müssen, soll daran nicht gebunden werden, er soll sie aber dann außerhalb des Schulunterrichts direkt zum Geistlichen schicken.

Unsere Gemeindevorleiter und Stadtverordnete möchten wir aber nachlesen, für die Verlegung des Religionsunterrichts an den Schluß der Schulkunden einzutreten. Die ersten Stunden des Tages, in denen das Kind am aufnahmefähigsten ist, sollten wichtigeren Lehrfächern vorbehalten sein.

In der 58. Gemeindevorstandssitzung in der Götzenburger Straße hielt am 21. April der sozialistische Fraktioner Jochim den Religionsunterricht ab. Dabei mühten die Schüler der 110. Klasse einen Petri zu schreiben, der Namen, Wohnung, Glaubenskenntnis, Beruf des Vaters und den Namen der Religion enthalten soll, die im Hause gelesen wird. Was gehen den Mann die Verhältnisse der Eltern an, insbesondere die Religion, die die Eltern des Schülers lesen? Die Eltern tun gut, ihre Kinder überhaupt vom Religionsunterricht fern zu halten. Das Recht haben sie, und die Kinder werden vielfach nicht.

Kerze heraus!

Die Kerzestreich drohen wie eine ansteckende Krankheit sich über ganz Deutschland zu verbreiten. Es liegen Nachrichten vor, daß in Bremen sogar die Kerze der Krankenhäuser streifen. Diesem Kerze-Streich über muß auf das Schärfste entgegengetreten werden. Es schlägt der einzig wahre Auffassung des ärztlichen Berufs ins Gesicht, wenn ein Arzt sich weigert, Kranken Hilfe zu leisten. Der wahre Arzt muß es sich als eine Ehre anrechnen, daß er keine Selbstsucht soweit überwindet, daß er sogar seinem ärztlichen Feinde die ärztliche Hilfe nicht verweigert und ihn ebenso gewissenhaft versorgt wie seinen Freund. Die ärztliche Tätigkeit hat daher mit der Politik nichts zu tun.

Es soll eine Arbeitsgemeinschaft der Kerzestreichler „Kerze Wegner“ gegründet werden. Die Mitglieder sollen Kerze sein, die bereit sind, ihre Weigerung gegenüber der zu Streiks sich organisierenden anderen Kerzestreichler mit ihrem Namen in der Offenheit zu vertreten und im Falle eines Kerzestreichs sich zur ärztlichen Versorgung der Bevölkerung zur Verfügung zu stellen.

Weitererklärungen sind zu richten an Dr. Geuser, 23. 02, Kalkreuth-Str. 15, Telef.: Köpen 5038.

Wasserleichen aus den Märstagen.

Unbekannte Opfer der Märztagen kommen immer noch wieder zum Vorschein. Erst gestern wurden wieder drei aus der Spree gefischt, am Fiskus-Busch, am Schloß Monbijou und an der Strolauer Straße. Der erste Unbekannte ist ein Mann, etwa 28 bis 35 Jahre alt; und 1,67 Meter groß. Er hat Tätowierungen auf dem rechten und linken Unterarm: einen Anker mit dunklem Stern, eine Frauengestalt im Tüll und Rosenmähne und links daneben eine schwarz-weiß-rote Fahne. Der zweite ist etwa 35 Jahre alt, hat einen blonden Schnurbart und trägt ein Bruchband. Er war bekleidet mit einem gestreiften Anzug und dunklem Winterpelz. Der dritte ist 28 bis 30 Jahre alt und 1,76 Meter groß. Er trägt einen blauen Jackettanzug, einen blauen Sweater, ein weißes Vorhemd mit Umlegekragen und weiße Handschuhe mit ovalen Knöpfen, die je einen roten Stein tragen. Die Fußbekleidung fehlt. Der Totenring des Toten ist G. E. 14. 2. 19 gezeichnet. Die stark verwesten Leichen wurden nach dem Schauhaufe gebracht. Hier haben die Bemühungen, die unbekanntem Opfer der Märztagen nachträglich festzustellen, fortwährenden Erfolg. Auch in den letzten Tagen sind wieder eine Anzahl von Toten erkannt worden.

